VR-03-057 Digitale Souveränität stärken: Unsere Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie schützen!

Antragsteller*in: Benjamin Adjei (KV München)

Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 56 bis 64:
Plattformen; oftmals geben marktdominante Akteure vor, wie wir digital agieren können, und wie unsere Daten verarbeitet werden. Die ~~Digitalgesetze~~Umsetzung der ~~EU – von~~Europäischen Digitalgesetze wie DSA, ~~über~~ KI-VO, DSGVO, Data Act und DMA muss nun zügig und einheitlich erfolgen. In der nationalen Umsetzung muss eine schlanke und klare Aufsichtsstruktur sichergestellt werden. Durch die Bündelung der Zuständigkeiten in einer gut ausgestatteten Digitalagentur, die als zentrale Anlaufstelle („One-Stop-Agency“) für Bürger*innen, Wirtschaft und Behörden fungiert – ~~müssen starke Aufsichtsbehördenauch in einem ersten Schritt konsequent durchsetzen, um fairen Wettbewerb, Schutz der Verbraucher*innen~~Fragen, die derzeit bei anderen Behörden angesiedelt sind – kann eine effiziente und ~~Grundrechtsschutz zu gewährleisten~~einheitliche Durchsetzung des europäischen Regelungsrahmens sichergestellt werden. Deutschland und Europa müssen deshalb strategisch umsteuern und eigene technologische Kapazitäten aufbauen. Ein wichtiger Schritt sind Investitionen in freie, offene und vertrauenswürdige Technologien, vor allem durch die öffentliche Hand als Kunde. Sie ist dem Gemeinwohl, der Verhältnismäßigkeit ihrer Ausgaben, dem verantwortlichen

Von Zeile 71 bis 74:
Agency und dem Zentrum für Digitale Souveränität wurden in der vergangenen Wahlperiode wichtige Grundlagen geschaffen. Nun braucht es ~~eine~~ langfristige ~~Förderstrategie~~Förder-, Beschaffungs- und Investitionsstrategien, die Open Source, europäische Anbieter und faire Wettbewerbsbedingungen auf digitalen Märkten gezielt stärkt.

Begründung

Die Ergänzung verleiht der bisherigen Forderung nach Durchsetzung mehr Konsequenz, mit echtem Mehrwert für Bürger*innen und Unternehmen, indem ein konkretes Ziel formuliert wird: eine starke, gebündelte Digitalagentur als zentrale Anlaufstelle. Die Aufsichtsstrukturen sollen nicht nur kontrollieren, sondern auch Entlastung bringen. So wird aus Bürokratie Klarheit – für Bürger*innen, Wirtschaft und Verwaltung. Damit bringen wir die Idee der europäischen Digitalpolitik auf den Punkt: verständlich, effizient, handlungsfähig und kein bürokratisches Regelungsmonster.

weitere Antragsteller*innen

Stanislav Elinson (KV Leipzig); Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt); Maximilian Schulz (KV Mannheim); Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow); Henrik Schmidt-Heck (KV Roth); Tobias Bacherle (KV Böblingen); Carsten Göpfert (KV Leipzig); Petra Sander (KV Karlsruhe); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Paul Benter (KV Berlin-Mitte); Nina Locher (KV Berlin-Mitte); Sabrina Brumme (KV Leipzig); Jasmin Ateia (KV Lörrach); Ferdinand Moors (KV Leipzig); Anna Friedl (KV München); David Ederle (KV München); Christopher Stark (KV München); Felix Krohner (KV Dresden); Jessica Preker (KV Düsseldorf); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.